

---

Freie Demokraten Limburg

## **B 8 -ORTSUMGEHUNG LIMBURG- LINDENHOLZHAUSEN**

11.06.2020

---

### **FDP-FRAKTION VERLANGT AUSKUNFT ÜBER STAND DER AKTIVITÄTEN**

Die Ortsumgehung Limburg-Lindenholzhausen ist für die Anwohner seit Jahren das Thema vor Ort, zumal die Belastungen der Anlieger von Monat zu Monat zunimmt und von Anziehungsmagneten wie Obi im ICE-Gebiet und Firmenansiedlungen wie der Bäckerei Schäfer durch neue Kundenströme und Lieferwege massiv verstärkt werden. Umso dringlicher wäre es aus Sicht der FDP-Fraktion in der Limburger Stadtverordnetenversammlung, schnellstmöglich mit dem Projekt Ortsumgehung zu beginnen, um für die Menschen vor Ort Entlastung zu bringen.



Doch trotz mehrfacher Appelle, Initiativen und parteiübergreifendem Schulterschluss aller Beteiligten passiert seit Jahren nichts. **Die Hessische Landesregierung, so die FDP-Fraktionsvorsitzende Marion Schardt-Sauer, vernachlässigt hier unsere Region. Das Hessische Verkehrsministerium kommt dem bestehenden Planungsauftrag nicht nach Man lasse, so Schardt-Sauer, die Bürger mit den schlimmen Zuständen an der Frankfurter Straße und den mit der Verkehrsbelastung und Verkehrsverschmutzung verbundenen Belastungen allein.** Der im Frühjahr 2018 mit großer Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung gefasste Beschluss mit der Zielsetzung der Eröffnung eines Bauleitverfahrens zur Realisierung einer B-8-Ortsumgehung ist jetzt Gegenstand eines Antrages der FDP-Fraktion für die kommende Stadtverordnetenversammlung. Sie verlangt vom Magistrat einen schriftlichen Bericht über den aktuellen Stand der Umsetzung des Beschlusses, den Bemühungen und bittet darüber hinaus, den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr wie auch den Ortsbeirat mit einzubinden. „Die Menschen in Lindenholzhausen und unserer Region wollen nicht länger im Stich gelassen werden, sie wollen endlich, dass ihre Interessen und Wünsche nach Entlastung von Durchgangsverkehr, Lärm, tagtäglichem Stau und Gesundheitsgefährdung Gehör findet und die Baumaßnahmen schnellstens in die Wege geleitet werden“, so Schardt-Sauer.